

26. Februar 2011



AK Süd/Nord

Beschluss des AK Süd-Nord der IPPNW

**Appell an die Deutsche Regierung für Beendigung  
der Kollaborationen mit arabischen Feudalstaaten.**

Für die Massaker und Massenmorde in Libyen, Tunesien, Ägypten u.a. arabischen Staaten werden auch deutsche Waffen benutzt. Es zeigt sich, dass unsere Waffenexporte der Stabilisierung der dortigen Herrschaftssysteme dienen, und deren militärische Aufrüstungen sich gegen die eigenen Bevölkerungen richten.

Nur weitsichtiges Handeln kann Menschenleben retten und Befreiung von Folterregimen, die Angst und Armut verbreiten, befördern.

Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates muss unsere Regierung sich in Sondersitzungen auch der UNO-Vollversammlung für sofortige Einstellung der Zusammenarbeit mit den Staatsführungen engagieren, die mit Waffengewalt Demonstrationen bekämpfen, den Dialog mit allen Sprechern der Volkserhebungen verweigern und politische Gefangene nicht umgehend frei lassen.

Das Problem der autoritären Regierungen, die von den Volksbewegungen ins Wanken gebracht oder schon gestürzt wurden, liegt wesentlich in der jahrzehntelangen Einflussnahme des Westens und seiner Stellvertreterpolitik begründet. Deswegen warnen wir vor geplanten militärischen Interventionen als einer Fortsetzung dieser Politik mit unabsehbaren Folgen.

Dieselben Forderungen sind mit höchster Dringlichkeit in der EU und in zuständigen Institutionen und internationalen Organisationen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir befürchten, dass der Seitenwechsel westlicher Politiker von der Unterstützung der autoritären Regime zu den Befreiungsbewegungen nichts als Heuchelei ist. Aussitzen und Zuschauen macht sie zu Mittätern. Gewaltlösungen werden geplant, wie aus manchen Worten westlicher Politiker u.a. auf der Münchener Sicherheitskonferenz zu hören war, wenn demokratische Alternativen drohen, die für westliche Interessen problematisch erscheinen oder sind.

Für die Flüchtlingsströme muss der Westen Verantwortung übernehmen, weil seine Politik die Fluchtgründe mit verursacht hat.

*Beschlossen vom AK Süd-Nord am 26. Februar 2011*